

Erstmalig täglich
ausgegeben mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis
monatlich 60 Pf. frei im Haus,
durch die Post vierteljährlich
1,65 Mark ohne Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Anzeigenergebnisse)
monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung:
Herrn Dr. G. Zerkowitzer 888
Sprengelstraße, Leipzig von
11-1 Uhr Mittags.

Die Neue Welt

Anzeigengebühr
besteht für die gewöhnliche
Anzeigen aus dem Betrag
von 50 Pf. für den ersten Tag
und 25 Pf. für jeden weiteren
Tag. Anzeigen unter
dem Gesichtl. des Betrs. 75 Pf.

Anzeigen
für die gewöhnliche Nummer
müssen spätestens die vor-
mittags 9 Uhr in der Ge-
schäftsstunde abgegeben sein.

Hauptverlagsstelle:
Halle 144/45, Fernsprecher 1047
Verlag: Hermann Neumann-
Neudamm, Leipzig, 11-1
Uhr Mittags.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Kommende Kämpfe.

Zwei Fragen sind es, die die innere Politik der nächsten „Saison“ beherrschen werden: die Frage des preussischen Wahlrechts und des Zolltarifs.

Die erste müßten die Junter wohl als einen toten Hund behandeln, der bereits verachtet ist, für den es also kein Erwachen mehr gibt. Wie es sein Waff der Mittelalter besser bezogen konnte, erließen sie dem König von Preußen Absolution für das nicht eingelöste Wort, indem sie erklärten, daß, nachdem die Regierung einmal eine Wahlreform eingebracht und der Landtag sie abgelehnt hat, der König nichts mehr zu tun brauche. Die industriellen Kampare der Junter aus der freikonserватiven Partei sind „moderner“. Sie sagen dem Volk nicht: du kannst mit den Vökel hinunterkrüpfen, sondern sie wollen, wie die Karole der Ruf lautet, die Frage „studieren“. Wenn dabei nichts herauskommt, dann erziehen sie sich eben auch Absolution: das vertrackte Ding war sehr schwierig. Anders die Liberalen. Da sie sich zum großen Teil von den Juntern nur dadurch unterscheiden, daß sie wie die Wohlhabenden über die Reaktion schimpfen, von der sie doch auch leben, so können sie nicht um die Wahlrechtsfrage herum. Sie müssen sie immer wieder ansprechen. Bei einer Wahlrechtsreform des preussischen Wahlrechts, z. B. bei der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts, der öffentlichen Wahl durch geheime Abstimmung und des Pluralwahlrechts, das dem Besitz und der Bildung Vorrechte geben würde, könnten sie auf ihre Redewort kommen. So sollten sie, also an der Frage mit einem gewissen weltlichen Interesse herum. Kürzlich haben sie entschieden, daß es sehr nett wäre, wenn das Zentrum sich bei der Wahlrechtsfrage ebenso wie bei der Dedungsfrage aus der Gefolgschaft der Konservativen befreien und mit dem Liberalismus die Wahlreform in Preußen machen würde. Auf diese „Anregungen“ hin antwortete schon die Reichstags-Vollversammlung, abweisend. Weiter äußerte sich der Zentrumsführer Justizrat Bachem im roten Tag zu diesen Anregungen:

„Die Auswärtigen, eine Wahlreform in Preußen zu machen, haben sich einfallen lassen, insofern verächtlich, als die Konservativen in Folge der Vorgänge im Reich zurzeit wohl weniger als früher geneigt sein werden, dabei mitzutun. Die Konservativen haben sich mehr denn je auf ihre harte Position in Preußen zurückgezogen, und diese Position verstanden sie nicht zum wenigsten im Preußen. Insofern auch die Nationalliberalen zu ändern. Einer wirklichen Wahlrechtsreform wird es zuzukommen, aber es kann nicht daran denken, Änderungen herbeizuführen, welche nur einer Partei, etwa der Linken, den Vorzug zuwenden.“

Das Dreiklassenwahlrecht des geltenden preussischen Gesetzes ist an sich ungerecht, weil es die Wahlberechtigung lediglich nach der Steuerleistung bemisst. Aber der Erfolg des Dreiklassenwahlrechts durch das gleiche Wahlrecht ist im neuen Landtage ebenso ausfallslos wie im alten. Nicht nur die beiden konservativen Fraktionen, sondern auch die Nationalliberalen würden dabei nicht mitemachen, und auch ein Teil des Zentrums dürfte heute noch schwerlich dafür zu haben sein.

Selbst, wenn in der Wahlrechtsfrage eine Mehrheit der Linken und des Zentrums sich vereinigen würde, so würde kein Wahlgesetz zustandekommen, welchem das Herrenhaus und die Regierung zustimmen würden. Preußen ist nicht das Reich, und in Preußen würde der Druck fehlen, welcher im Reich die Notwendigkeit, die Wahlrechtsfrage und die Dedungsfrage zusammen zu verabschieden, ausüben kann.

Der Hinweis auf die Gegenkraft der Nationalliberalen einer wirklichen Wahlrechtsreform gegenüber ist ein sehr guter Hieb. Das Eingeständnis, daß auch ein Teil der Zentrumskreise keine Wahlreform will, wird sich sehr gut im Kampf gegen das Zentrum verwenden lassen. Die Angst aber vor der Regierung und dem Herrenhaus, die Herrschaft Bachem auf einmal bebrüt, ist eine saure Ausrube. Er weiß als erfahrener Politiker sehr gut, daß wenn eine Mehrheit für eine wirkliche Wahlreform im Landtag vorhanden wäre und die Regierung Wiene macht, ihr Werk zu zerstören, daß sie dann einen Sturm in den Wästen entfesseln könnte, der nicht nur den Geheimräten und Staatsämternhördern aus dem Herrenhaus selbst einfliegen würde. Denn nicht sporn die Wästen so zum Kampfe an, wie die Wästen auf Erfolg, in die sich der Stimm gegen diejenigen mischt, die das erwartete Werk zu führen suchen. Die Nebenarten Bachems sollen nur die Wästen des Zentrums gegen eine Wahlreform verführen. Sie werden den Liberalen Gelegenheit geben zu erklären: na also, nur wollten das Beste, aber nec Hercules contra plures, auf deutsch: wie kann der Fortschrittssinn kämpfen, wenn der Rückschrittssinn ihm dabei nicht hilft. Aber wir müßten sehen, wie sich die Regierung und ein Teil des Zentrums verhalten würden, wenn im ganzen Lande die Liberalen Städteverwaltungen einen Petitionsturm für die Wahlreform besäßen, wenn die Liberalen im Landtag erklären würden, es gibt keine andere Arbeit, wenn's keine Wahlreform gibt! Wenn aber die Liberalen die Wästmäße dazu keine Chance haben, dann sollen sie sich nicht hinter das Zentrum verbergen. Sie merken durch dieses Wandel nur die Frage auf: wer ist äger, der liberale oder der liberale Judea?

Wenn die Liberalen „Anregungen“ in der Wahlrechtsfrage beim Zentrum keinen Erfolg zeitigen, so kann man sicher sein, daß dafür die Zentrumsanregungen in der Schulungsfrage bei den Nationalliberalen sehr berechtigt

Gerzen finden werden. Vor einigen Tagen schrieb nämlich die genüchliche Schließliche Volkszeitung unter der Adresse der Konserwativen, das Zentrum hätte sich ein Verdienst um das Vaterland erworben, indem es die Dedungsfrage mit den Liberalen gemacht hat. Viel hat es nicht gelöst, zwinge das Zentrumslat, aber dafür werden wir die Nationalliberalen bei den kommenden Zolltariffkämpfen um so fester beim Wädel nehmen. Ein solch nationales Werk der Volksausübung muß doch gemeinsam gemacht werden. Sonst demütiert ein Kaiser den anderen beim Volk. Die nationalliberalen Ästetische Bewegung brachte diese Auslösung des Zentrumslat mit eifrigen Kopfen ab. Und man braucht nicht einmal zu weinen, daß sich die Brüder zusammenfinden, wenn ihnen furegen — im Jahre 1917 laufen die Handelsverträge ab, also muß der Reichstag in den nächsten Jahren einen neuen Zolltariff als Grundlage für die neuen Handelsverträge fertigstellen — der Zolltariff zur Beratung kommt. Auf welcher Linie sie sich aber finden werden, darüber kann man auch keine Zweifel hegen. Wie sehr auch die Fertigungsfrage gegen die agrarische Handelspolitik protestiert, die die Lebenshaltung der Arbeiter und die Wohlflöße verteuert, die der schweren Industrie erlaubt, Moolle und Eisen zu verteuern, die der Wädel erstwert, der Nationalliberalen müßten betonen, wie die schwere Industrie befristet, und das Zentrum wird der notwendigen Agrarier nicht verbergen. Bringt die nahe Wirtschaftskrise die Arbeitermassen nicht in Bewegung, treten sie nicht mit anger Kraft dafür ein, daß die Zollsätze gemindert werden, dann kann man Gift darauf nehmen, daß die Wohlhabenden und Junter den Zolltariff zu verschärfen suchen werden.

In dieser Situation gilt es schon heute, die arbeitenden Massen auf die kommenden Gefahren vorzubereiten. Diese Arbeit beginnt die liberale Presse in der Weise, daß sie den Wästen den Gedanken einführt, daß eigentlich die Gefahr nicht groß ist, weil selbst der Zentralverband der deutschen Industriellen, der Haupttreiber der Schulungsfrage, sich von ihr abgesehen beginnt. Demantung auf diese harmlosere Weise, demantung gilt der Französischen ein Artikel in der Deutschen Rundschau, dem Organ des Zentralverbandes, in dem sein Stimm aus Anlaß der amerikanischen Zollernährungspläne schreibt:

„Es ist ein außerordentliches Experiment, das die Vereinigten Staaten zu unternehmen sich ansetzen, und bedeutende Zweige der amerikanischen Volkswirtschaft werden bei dem Mangel einer Ueberlegungsperiode vor empfindlichen Erschütterungen nicht bewahrt bleiben. Doch in bezug auf Unternehmungen, welche ihr Ziel in lediglich alltag politischen und gemagten Voraussetzungen oder auch einem selbstlosen Vertrauen auf das schnelle amerikanische Entwidlungsstempo verbanden, wird es kaum eine volkswirtschaftliche Einbuße sein, wenn sie von der Wästmäße verabschiedet sollten. Eine Expansion des amerikanischen Wirtschaftslatens, wie sie sich in den letzten Jahren abgezeichnet hat, wird eine Festigung und Qualifizierung der amerikanischen Industrie zur Folge haben müssen, und die allen Industrielländer werden deshalb auch zu tun, sich zu rüsten auf eine nachhaltige und bedeutende Stärkung der wirtschaftlichen Leistung Amerikas auf den freien Märkten einzurichten.“

Diese allgemeinen Ausführungen, in denen der deutsche Schulungspropheet als Wästmäßeapostel fürs Ausland auftritt, genügen, um die Franzfurter in Verwirrung zu bringen. Wenn man von Nebenarten auf Tatsachen wollte, so gäbe es doch keine tapferen Demokraten, als die Herren von dem Franzfurter Weltblatt und dem Freiheit überhaupt. Trobden schauen wir ihnen auf die Hände und nicht auf den Mund. Wie können wir da so unvorsichtig sein und den journalistischen Vertretern des Zentralverbandes deutscher Industriellen aufs Wort glauben!

Rein. In der Zollfrage gilt es wie in der Wahlrechtsfrage, den Arbeitermassen immer wieder zu zeigen, daß sie auf sich selbst angewiesen sind. Sie selbst müssen in den kommenden Kämpfen ihren Mann stellen und gegen eine ganze Welt von Feinden kriegsbereit sein!

Die Türkei und die Mächte.

Die Türkei beginnt, sich in dem wiedereroberten Adrianopel häuslich einzurichten und kümmern sich keinen Deut um den Londoner Friedensvertrag und den Widerspruch der Großmächte; sie wissen nur zu gut, wie es um deren „Einnüchtigung“ bestellt ist. Die türkische Regierung erklärt jetzt unumwunden, daß an eine Räumung Adrianopels durch die Türken nicht mehr zu denken sei. Die Großmächte müßten sich nur ruhig mit dieser Tatsache abfinden. Nun wird zwar für heute oder Freitag ein gemeinsamer „Schritt“ der Mächte „erwartet“, aber man verdirbt sich durch angeht die Haltung der Mächte nicht den geringsten Erfolg. Mit welchen Mitteln wollen wohl auch die Mächte die Türkei zum Abgeben gewinnen? Eine Flottenmonstration hätte ihre Wirkung befehlen; sollen sie dann etwa Flotten gegen die Türkei führen? Wenn Serbien und Griechenland nichts dagegen einzuwenden haben, daß Adrianopel den Türken verbleibt, so werden sich wohl auch die Großmächte in die veränderte Sachlage finden müssen. Die Völkerverträge haben sich aneinander und bereits mit dem Gedanken einer Veränderung des Friedensvertrags vertraut gemacht und zu diesem Zwecke die Einberufung einer neuen Konferenz vorgeschlagen; sie dürfte wahrscheinlich wieder in London abgehalten werden. Eine letzte Abweisung

Zwangsmassregeln gegen die Türkei zu ergreifen, soll besonders in Paris bestehen. So wird vorgeschlagen, die Großmächte müßten über ein besonderes Verwaltungssystem für Thrazien einen Meinungsaustausch pflegen, sei es, um diesem Gebiete die Autonomie zu geben, sei es, um die dort ansässigen verschiedenen Völkerrämme mit besonderen Privilegien auszustatten. Ein anderer Vorschlag geht dahin, daß man der Türkei für die Zurückziehung der Truppen einen Vorteil verschreiben könnte, zum Beispiel die Rückgabe der von Italien besetzt gehaltenen Inseln.

Auch diese Vorschläge sind nichts anderes als das Beständnis, daß die Großmächte ratlos und ohnmächtig sind, die Türkei zur Anerkennung des Londoner Friedensvertrags zu zwingen. Was auch gar nicht weiter auffällt. Denn bei den vielen Wätmagen, die sich die europäische Diplomatie während der Wätmagereien bis jetzt zugezogen hat, kommt es schließlich auf eine mehr oder weniger nicht mehr an!

Die Türken in Adrianopel.
Konstantinopel, 23. Juli. Eine unabhängige Kavalleriekolonne unter dem Obersten Ibrahim und eine fliegende Infanteriekolonne unter Ende Bey sind heute früh in Adrianopel eingezogen. Sie hatten mit den bulgarischen Truppen einen kurzen Kampf zu bestehen. Die Bulgaren hatten vorher die Munitionsbepos und einige Regierungsgebäude in die Luft gesprengt. — Der zum Wali von Adrianopel ernannte frühere Minister des Innern Gahabi Ali ist auf seinen Posten abgereist. Gleichzeitig haben sich dreihundert Genarmen unter dem Obersten Foulou Bey nach Adrianopel begeben.

Konstantinopel, 24. Juli. Amtlichen Mitteilungen zufolge kam es bei der Befegung von Kirklisse zu einem Gefechte mit der bulgarischen Infanterie. Die Bulgaren sprengten unmittelbar vor ihrem Rückzuge die Kasernen, ihre Munitionsbepos und die öffentlichen Gebäude in die Luft. Der Kommandant der Kavallerie des rechten Flügels meldet, daß an verschiedenen Punkten der Stadt noch immer Explosionen erfolgen.

Jubel in Konstantinopel.
Konstantinopel, 23. Juli. In der türkischen Hauptstadt, die anlässlich der Verfassungsfeier festlich geschmückt ist, herrscht Jubel über die Wiederbefegung von Adrianopel. Die Leitartikel der Presse brüden große Freude aus. Der Kamin erwartet, daß Europa die vollendete Tatsache anerkennen werde; nur mit Gewalt könnten die Türken zum Verlassen Adrianopels gezwungen werden.

Bulgarischer Protest.
Konstantinopel, 24. Juli. In einem an den Großwesir gerichteten Telegramm erklärt der bulgarische Minister des Auswärtigen, daß die Türkei durch ihr Vorgehen die territorialen Integrität Bulgariens verletzt habe. Bulgarien verlange, daß die türkischen Truppen an die durch den Londoner Friedensvertrag bestimmte Grenze zurückgezogen. Die Worte wurden darauf antworten, daß sie den Londoner Vertrag als hinsichtlich betrafte.

Die Verhandlungen über den Waffenstillstand
durften während der drei Tage, Freitag, Sonnabend und Sonntag, in Risch stattfinden.

Wien, 23. Juli. Wie der Neuen Freien Presse aus Sofia gemeldet wird, werden die bulgarischen Delegierten in Risch einen sechstägigen Waffenstillstand sowie die Festlegung einer neutralen Zone verlangen, worauf teilweise demobilisiert werden soll. — Nach Sinica werden Madov sowie der Finanzminister Zoltshew delegiert werden.

Die bulgarischen Friedensvorschläge.
Athen, 23. Juli. Wie die Zetra erzählt, werden die bulgarischen Unterhändler bei Beginn der Verhandlungen eigene Vorschläge machen und zwar: 1. An Griechenland wird Salentil abgetreten mit einem Hinterland, das bis Serres reichlich reicht, 2. Bulgarien verzichtet auf den Teil Westmazedoniens, der westlich der Struma liegt. Die Struma bildet die Grenze bis Kraguei, 3. Kavala verbleibt Bulgarien, desgleichen das Gebiet östlich davon. 4. Bulgarien zahlt keine Kriegsschuldung. 5. Bulgarien lehnt die Verpflichtung zur Entschädigung für den materiellen Schaden ab, der in den Städten und Dörfern östlich Westmazedoniens von den Bulgaren angerichtet wurde, in dem es bekennt, daß die bulgarische Armee dafür verantwortlich ist. Die Haltung der Verbündeten gegenüber diesen Vorschlägen ist im voraus klar.

Vulazet, 23. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags und der Nacht sind die Antworten Bulgariens und Serbiens auf den letzten rumänischen Vorschlag eingetroffen. Welche Reaktionen werden den Standpunkt Rumäniens an, monach die Verhandlungen auf rumänischen Boden stattfinden sollen.

Auch Griechenland und Serbien stimmen dem Vorschlag Rumäniens zu, daß die Prälminarien und der Friede in Vulazet unterzeichnet werden. Griechenland stellt das Verlangen, daß der Waffenstillstand gleichfalls in Vulazet unterzeichnet werde. Die bulgarische Regierung hat auf die letzte rumänische Note mit der Erklärung geantwortet, daß sie die formulierten Hauptpunkte annehme und hoffe, daß die nebenstehenden Punkte keine Schwierigkeiten bieten werden.

Die Einnahme von Belgradschil.
Belgrad, 23. Juli. Das Serbische Pressebureau meldet zur Einnahme von Belgradschil: Nach zweiwöchigen

Kampf haben die feindlichen Truppen Besorgnis einengemert. ...

Politische Uebersicht.

Salle (Saale), den 21. Juli 1918.

Wie der Bundesrat Reichstagesbeschlüsse behandelt.

Unter dem frühen Eindruck des entsetzlichen Exkursier Kriegsgeschehens hat der Reichstag am letzten Tag vor den Ferien einen Notgesetz zugestimmt, das bei bestimmten militärischen Vergehen mitdrückende Umstände lassen will. ...

Die Krapp-Affäre und das Staatswohl.

Die Deutschen Nachrichten bringen einen von gut unterrichteter Seite verfaßten Artikel über den bevorstehenden Prozeß gegen eine Anzahl Genossenschaftler. ...

kleines Feuilleton.

Was ist des Deutschen Vaterland?

In diesem Jahre können wir auch das Jubiläum von Ernst Moritz Arndts patriotischer Frage und Antwort über das deutsche Vaterland feiern. ...

Was ist des Deutschen Vaterland?

Er meine mich das große Land? Ist's was der Fürsten Trug geklaut? Vom Kaiser und vom Reich geklaut? ...

Als dann nach dem Sturz Napoleons der Fürsten Trug begann, die Freiheit der Reichstagsländer zu verkaufen, herrschte erst Verstand den Trug der Fürsten in der Wälschen Krug. ...

Ein Gefängnis ohne Schloß und Riegel.

Eine Resolution im Gefängniswesen haben die Behörden der Provinz Ontario in Kanada zur Ausführung gebracht. ...

haben, die Urteilsbegründung so umfassend zu gestalten, daß das Volk darüber nicht im Zweifel bleibe, wie die verhängten Vergehen geübt wurden und welcher Art die Verhängungen waren. ...

„In dem vorliegenden Falle aber hat lediglich ein verbaler Meinungsaustrausch zwischen beidseitigen Reichsangehörigen stattgefunden, die die Sicherheit nicht gefährden konnten. ...

Diese letzten Versicherungen lassen erkennen, woher der Artikel rührt, offenbar entweder von der Krapp-Gruppe selbst oder doch von einer ihr nahestehenden Seite. ...

Die Sorge um die Wundergölle.

Die Berliner Politischen Nachrichten, die vom Reichstagsabstimmungsgeheimnis berichten, bringen einen langen Artikel, indem sie die bürgerlichen Parteien bringen lassen. ...

Die Regierung scheint immer mehr damit zu rechnen, daß es schwer halten wird, die Wundergölle in der seitherigen Weise aufrecht zu erhalten und deshalb das Gespenst der neuen Steuern. ...

Militarisierung von Industrie und Handel.

Die neue Seerechtsvermehrung hat gleichzeitig eine gewaltige Erhöhung der Zahl der Offiziere im Ostsee- und Nordsee-Flotten zur Folge. ...

Handels- und Industrie-Kreisen verschafft oder ihnen hierzu wenigstens die Wege gebnet werden. ...

„Mit der Frage, ob die Offiziere a. D. für Industrie- und Handelsunternehmungen geeignet sind oder nicht, hat sich nun die Reichliche Zeitung an den Kommerzienrat Vamborg, dem zweiten Vorsitzenden des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, gewandt. ...

„Der junge Offizier, der vielleicht eines leistungsfähigeren Reiches wegen den Abschied bekam, kann unter seinen Umständen in Betracht kommen. ...

Die Vossische Zeitung bemerkt hierzu: „Wie weit sich die Ansichten anderer Industrieller und Handelsleute mit den hier geäußerten decken, läßt sich im Augenblick nicht sagen. ...

Wirkungen der Einfuhrsteine.

Wie die Handelskammerberichte von Minden und Detmold über die schädlichen Wirkungen des schändlichen Systems der Einfuhrsteine berichten, so auch der Bericht der Handelskammer für die preussische Oberlausitz. ...

„Die Wälschenindustrie und der Handel mit Wälschenfabrikaten lagte wie in den Vorjahren über den durch die Ausfuhrsteine begünstigten Export von Getreide, so daß im Sommer wegen Mangels an Getreide der Betrieb eingeschränkt werden mußte.“

Das System der Einfuhrsteine wird einen schweren Stoß erleiden, sobald Rußland seine Drohung wahrmacht, einen Getreidezoll einzuführen. Die Einfuhrsteine sind in Wirklichkeit weiter nichts als eine Kaufprämie auf Getreide, die von den deutschen Steuerzahlern getragen werden muß.

Das badische Zentrum auf dem Arbeiterkongress.

Das Zentrum will bekanntlich nicht eine Arbeiterpartei sein, und so läßt es in seinen großen Fraktionen im Reichstag, im preussischen und im kaiserlichen Landtag ein paar Arbeiter als Konfessionsangehörige nicht fehlen. ...

Verlust Talschende, Betrüger, Einbrecher ausgemählt, von denen ein großer Haufen durch Alkohol zum Verbrechen getrieben war. ...

Der Kranke, der mich gezeichnet: „Frank lag ich im Revolver, der mich gezeichnet: „Frank lag ich im Revolver.“

„Welche Stellung nehmen Sie eigentlich ein zu dem Automoobilverbot in Grumbühren?“

„Welche Stellung nehmen Sie eigentlich zur Ehe ein, mein Herr?“

„Da, Herr Professor!“ sagte ich, „das ist nun so „ne Sache.“

Als er nach einer halben Stunde mit dem Schwibel fertig war, kam ein Schriftsteller und sagte, er sei auch ein Dichter und möchte gern von mir erzählen, welche Stellung ich eigentlich zu den neuesten Dichtern einnehme.

„Ich sagte nachher, ich würde es nicht. Worauf er mich einen Ignoranten hieß und weiterging.“

„Nicht lange, und der Kapellmeister der Kapelle kam vorbei, trällerte ein Liedchen und fragte mich welche Stellung ich eigentlich zu diesem Schwibel einnehme.“

„Da kam der Herr, der mich gezeichnet, kaum sah er mich im Grabe liegen, als er ein Bestattungsblatt aus der Tasche zog und mich bestimmte, welche Stellung ich zu den neuesten Bestattungsleistungen einnehme.“

„Den Teufel nehme ich ein, mein Herr.“ sagte ich. „In diesem Augenblicke läutete es zum ersten Male zum Abendessen.“

„Dann bewiesene Sie uns!“ schrien sie.

„In den Ferien.“ sagte ich, „in den Ferien nehme ich zu den wichtigsten Fragen grundsätzlich die Stellung ein, meine Verhältnisse, und drehte mich langsam im Grabe herum mit dem Gesicht nach unten.“

Der Kronzeuge.

Wie überraschend schnell Gequiffe ihren ursprünglichen Inhalt ändern können, bezugnehmend besser als der Kronzeuge. ...

Zeilage zum Volksblatt.

Nr. 172

Halle (Saale), Freitag den 25. Juli 1913

24. Jahrg.

Von den Zarenstürzen geht.

Aus Petersburg schreibt man uns: Die letzten Tage haben eine Anzahl Maßnahmen der russischen Regierung gegen die Presse und die Organisationen der Arbeiter gezeigt, die an Festigkeit und Bösartigkeit die bisherigen weit hinter sich zurücklassen. Laut Bericht der Petersburger Gerichtsammer vom 16. Juli sind die Arbeiterblätter *Trudowoi Kolos* bis zur Fällung eines Gerichtsurteils vorläufig inibiert worden. Zu gleicher Zeit hat der Minister des Innern die Schließung des in Moskau tagenden Kongresses der Handelsangehörigen, der von zahlreichen Städten befehligt war, angeordnet. Voll Wert über die unablässige, gäbe Organisationsarbeit der russischen Proletariat, die sie durch ihre Polizeifunktionen und Verfolgungen nicht aufzuhalten vermochte, hat die russische Regierungssanktionelle zu einem vernichtenden Schläge gegen die Arbeiterpresse ausgeholl, und zugleich durch die Sprengung des Moskauer Handlungsgehilfen-Kongresses mit allem Nachdruck gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiterklasse demonstriert.

Die Petersburger Gerichtsammer begründete ihren Beschluß betreffend die provisorische Schließung der Arbeiterblätter damit, daß sie „höchstens die Gesetze verletzen, einen schärflich ausgeprochenen Parteicharakter tragen, und einen offensivlichen schädlichen Einfluß auf die Volksmassen ausüben hätten“. Diese von den richterlichen Bedientenlose verfaßte Begründung spricht selbst dem reaktionären russischen Proletariat ab. Auf Grund dieses Gesetzes hat die Vernehmung und das Gericht die Arbeiterpresse auf die niedrigste Weise drangaliert; die Existenz der Arbeiterblätter war im letzten Jahre ein fortwährendes Martyrium; kein Wort war nichtig genug um nicht die Konfiskation der Arbeiterblätter im Verwaltungsverfahren, die Aufhebung von Selbsttagen, die Erhebung von Anlagen gegen die Redakteure usw. zu veranlassen. Ein Blick auf die Statistik der Verfolgungen der Arbeiterpresse zeigt dies zur Genüge. Während des ersten Jahres des Reichens der Romanow wurden von 206 Nummern 41 konfisziert, 16 ein Strafsumme von 7500 Rubel belegt und drei mit der Verhaftung der Redakteure auf je drei Monate bestraft. Von je fünf Nummern wurde eine gerichtlich oder im Verwaltungswege verfolgt, und zwar waren die gegen die Zeitung erhobenen Anlagen so zahllos, daß die Konfiskationen in 13 Fällen nachträglich vom Gericht rückgängig gemacht wurden, und keine der mit Strafen belegten Nummern genügenden Anlaß zur Erhebung einer Anlage gegen die Redakteure bot. Die Verfolgungen gegen den Luth waren noch heftiger. Von 211 Nummern, die bis zum 1. Juni d. J. erschienen, wurden 57 konfisziert und 17 mit einer Strafsumme von 8500 Rubel belegt. Im Durchschnitt wurde ein Drittel aller erschienenen Nummern unterdrückt, und zwar war das in den meisten Fällen auch hier so vollständig, daß ein Teil der Konfiskationen nachträglich rückgängig gemacht werden mußte, und keine der mit Strafen belegten Nummern Anlaß zur Erhebung einer Anlage bot.

Zeigen schon die angeführten Tatsachen, daß die Begründung der Gerichtsammer nur einen nach dem Gewollten der Regierung zu beschönigen sucht, so geht aus den Begleitumständen dieses Gewalttätigen hervor, daß die Regierung es auf eine abschließliche Aufhebung der Arbeitermassen abgesehen hat. Seit etwa zwei Wochen ist in Petersburg und auch Teils auch in der Provinz eine Protestbewegung der Arbeiter gegen die ununterbrochenen Presseverfolgungen im Gange. Nachdem die Arbeiter zuerst in Form von Kollektivprotesten, die an die sozialdemokratische Dumaaktion gerichtet wurden, gegen die Verfolgung der fortgesetzten Maßnahmen gegen die Arbeiterpresse Einspruch erhoben, konzentrierten sie in der letzten Woche eine Anzahl von Proteststreiks und Straßenmanifestationen, die allein in Petersburg über 50 000 Teilnehmer zählten. Die Antwort der Regierung auf diesen spontanen Protest der Massen war die öffentliche Schließung sämtlicher Arbeiterblätter. Ebenso muß auch die Schließung des Moskauer Handlungsgehilfen-Kongresses als eine brutale Herausforderung der Regierung bezeichnet werden. Fast ein ganzes Jahr hatten die Vorarbeiten für diesen Kongreß gedauert. Sämtliche Helfenorganisationen in allen Enden des Reiches, die bereits durch die vorjährige Protestbewegung gegen das neue Gesetz betreffend die Regelung der Arbeitsbedingungen getrieben waren, nahmen lebhaften Anteil an den Vorarbeiten zum Kongreß. Dem Drängen dieser Massen konnte die Regierung um so weniger widerstehen, als sie die Handlungsgehilfen, die politisch immerhin ziemlich wesentlich in Betracht kommen, durch geringfügige Konzessionen in ein ihr genehmes Fahrwasser zu drängen hoffte. Als aber die Sitzungen des Kongresses ein ziemlich deutlich ausgeprägtes Massenbewußtsein der Handelsangehörigen und ihre Bereitschaft, für die Aufhebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage einzutreten, zum Vorschein brachten, begnügte sich die Regierung nicht mehr mit der rigorosen Bewaffnung des Kongresses und den formlosen Einmischungen in die Verhandlungen, sondern ließ kurzerhand den Kongreß auf, nicht ohne nachträglich unter den Kongreßteilnehmern Verhaftungen vornehmen zu lassen.

Sollte die Regierung sich nun der Hoffnung hingeben, durch ihren Vernichtungsschlag gegen die Presse und die Organisationen der Arbeiter der steigenden Welle der Arbeiterbewegung Einhalt zu gebieten, so wird sie wohl recht bald durch die Ereignisse eines besseren belehrt werden. Die russische Arbeiterklasse hat durch ihr feines Vorwärtsdrängen im letzten Jahre deutlich genug gezeigt, daß sie sich aus dem einmal eroberten Positionen nicht zurückdrängen läßt. Das Bedürfnis nach einer eigenen Presse, der Drang nach einem organisierten Zusammenstoß mit den reaktionären Schichten der Arbeiterklasse, Aufhebung der Beschränkungen, als daß die einflussreichsten Verwaltungsverfahren der Regierung auch nur einen vorübergehenden Erfolg haben könnten. Wie die Arbeiter bisher aus kleinen Anfängen heraus, mit eigenen Mitteln eine vortrefflich redigierte Presse ins Leben rufen konnten, so werden sie auch jetzt an Stelle der mehrmals niedergestreckten Arbeiterorgane neue, nicht minder tatkräftige errichten lassen. Ebenso wird auch der Mißerfolg des Moskauer Kongresses den Organisationsbestrebungen dreier Schichten der verlassenen Bevölkerung keinen Abbruch tun. Vielmehr werden die Arbeiter und Angehörigen der Vorgeschiede und dem Verlauf dieses Kongresses die Lehre ziehen, mit ver-

doppelter Energie an den Ausbau und den Zusammenschluß ihrer Organisationen zu streben, und durch tatkräftige Einmischung in die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe die Vorbereitung zu schaffen für die Lösung der grundlegenden Probleme des russischen Lebens.

Gewerkschaftliches.

Der Werftarbeiterstreik.

Die Vertrauensleute der Hamburger Werftarbeiter machen zu der Erklärung der Hauptvorstände einige Mitteilungen. Sie geben zu, daß sich der Beginn des Streiks nicht mit dem Statut vereinbaren lasse. Die Mehrzahl der einrichtigen Hamburger Werftarbeiter bedauere auch die ersten Arbeitsunterbrechungen, könne aber diesen Schritt, der sich aus allem Vorausgegangenem erkläre, sehr wohl begreifen.

Im Jahre 1907 legten die Werften die Einstellungslöhne fest, 1910 wurden diese in der Regel überhöhten Einstellungslöhne zugrunde gelegt, die Arbeiter nach neundemhundertem Streik eine Erhöhung der Einstellungslöhne um 2 Pf. erzielt hatten. Die derzeit bestehenden Löhne wurden um 2 Pf. erhöht, die Arbeitzeit pro Woche um eine Stunde verkürzt. Da die Werften bei der Wiederaufnahme der Arbeit sich auf den Standpunkt stellten, daß die rückständigen Affordberdienste nicht ausgegahlt zu werden brauchten (das sei ein Irrtum in den Verhandlungen), legten die erbitterten Arbeiter unter ähnlichen Umständen wie am 14. Juli d. J. die Arbeit sofort wieder nieder, bis nach zehn Tagen die Auszahlung der rückständigen Affordberdienste zugestanden wurde. Die Frage der Afforde hat denn auch seit 1910 die größte Rolle gespielt und die meisten Konflikte hervorgerufen. Die Arbeitsordnungen bestimmen, daß derjenige Arbeiter, der sich weigert, seine Entlassung nimmt, oder aus den Gründen des Kaufkraft-Karographen 132 der Gemeinderhebung entlassen wird. Die unerhörte Härte dieser Bestimmung, die bisher vergeblich vor den Gerichten angefochten wurde, wird erst dann recht klar, wenn man bedenkt, daß die Afforde teilweise bis zu einigen Zehntel Stunden laufen. Durch rigorose Affordberhebungen wurden die geringen Erfolge der Bewegung von 1910 zum guten Teile wieder weggenommen. Bei einzelnen Arbeitern wurde ein den Stundenlohn übersteigender Affordberdienst überhaupt nicht mehr erzielt. Seit einigen Monaten ging man bei der Firma Wolow u. Sohn dazu über, die Afforde in der Weise zu regeln, daß in ganz willkürlicher Weise „angenehme Bauteile“ oder „angenehme Bauteile nach Angabe des Weichers“ dem Afforde zugewiesen wurden. Besonders hatten darunter die Nieter zu leiden. Dafür ein Beispiel: Bei Wolow u. Sohn wurde einem Nieter vom Kalkulationsbureau ein Afford pro 100 Nieter mit 6 M. bzw. 12 M. berechnet, d. h. daß ein Teil der Arbeit höher zu bewerten war. Nach Fertigstellung der Arbeit setzte der Meister den Preis für den höher zu bewertenden Teil der Arbeit auf 12 M. auf 6 M. herab. Eine Beschwerde des Nieters hatte seine Entlassung zur Folge. Eine Kommission, die wegen dieser Sache bestellt wurde, wurde nicht nur abgewiesen, sondern sie mußte sich Verleumdungen über die beteiligten Arbeiter lassen. Diese Dinge brachten in die Arbeiterklasse die Erregung hinein, die zur Arbeitsunterbrechung am 14. Juli führte, als die Werftarbeiter durch Einschaltung aller Elemente und Entlassung organisierter Arbeiter provoziert wurden.

Die Verwaltungsverhältnisse Hamburg des Metallarbeiterverbandes bekannt macht, wird die erste Unterstützung an ihre streikenden Mitglieder am 26. Juli ausgegahlt. Eine unermessliche Anzahl von Streikbrechern hat sich bis jetzt nicht heranzustellen lassen, was bei der großen Zahl der Streikenden aus schwer fallen dürfte. Wie mitgeteilt wird, versucht man, Reparaturarbeiten im Auslande fertigzustellen, damit in der Schiffahrt keine Störungen eintreten. Hält der Streik längere Zeit an, so werden sich solche Störungen nicht mehr vermeiden lassen.

In Stettin streiken 6343 Werftarbeiter mit Einschluß der seit voriger Woche streikenden Nieter. Davon entfallen 5143 auf die freien Gewerkschaften, 1200 auf die Gewerkschaften, 2400 auf den Metallarbeiterverband und 370 dem Metallarbeiterverband an. Außerdem sind 187 Mitglieder des Verbandes der Schiffzimmerer, 75 Kupfermeister, 47 Maler, 34 Maschinisten und Heizer an dem Streik beteiligt. Ferner kommen noch ca. 40 Transportarbeiter und Bauarbeiter in Betracht, die sich ebenfalls dem Streik angeschlossen haben. Die christlichen Gewerkschaften haben ihren paar Mitgliedern die Entscheidung selbst überlassen.

Am Dienstag tagte eine Vertrauensmännerkonferenz, die zur Erklärung der Zentralvorstände Stellung nehmen wollte. Da letztere noch nicht im Druck vorlag, begnügte man sich, die sofortige Einberufung einer Werftarbeiterkonferenz und einen außerordentlichen Verbandstag der beteiligten Organisationen zu fordern. Die Sitzung wurde auf Mittwoch früh vertagt. Nach einer erregten Diskussion wurde in dieser Sitzung folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Vertrauensmännerkonferenz der freien Gewerkschaften legen den scharfen Protest gegen die Art und Weise ein, wie die Zentralvorstände mit ihrer neuen Erklärung in der Öffentlichkeit operieren. Auf Grund dieser Erklärung kann gesagt werden, daß die Verhandlungsstände gänzlich ohne Kenntnis der Vorgänge innerhalb der Werften sind, sonst könnten sie nicht zu der Annahme gelangen, daß die Arbeitsunterbrechungen auf Falschverständnissen beruhen und die ruhig abwägenden Kollegen beeinflusst wurden. Wir stellen fest, daß lediglich durch die schließenden Verhandlungen, das geringe Entgegenkommen der Werftarbeiter die Kollegen in Erregung gebracht und zur Arbeitsunterbrechung gezwungen sind. Wir können weiter konstatieren, daß durch die verzerrten Arbeitsunterbrechungen der Nieter die Verhandlungen in Stettin nicht erfruchtet sind, daß vor der Arbeitsunterbrechung ordnungsgemäß eine Abstimmung unter den Werftarbeitern stattgefunden hat. Aus allen diesen Gründen heraus verwahren sich die hiesigen Werftarbeiter mit aller Entschiedenheit dagegen, daß seitens der Zentralvorstände die Unterbrechung verweigert wird, trotzdem die Arbeiter das Melletat der letzten Verhandlungen abgemakelt haben, so daß die streikenden Werftarbeiter mit Recht glauben, von dem letzten Mittel der Arbeitsunterbrechung Gebrauch machen zu können. Es wird gegen die unverständliche Haltung der Zentralvorstände nochmals Verwarnung eingelegt

und dringend verlangt, daß eine Änderung in dieser Haltung herbeigeführt wird. Sollen die Vorstände an ihrer Stellungnahme festhalten, so werden dieselben erlucht, ihrer Vertreter nach Stettin zu entsenden, damit diese in den Verhandlungen ihre Beschlüsse vertreten.“

Eine ähnliche Resolution wurde am Dienstag abend in einer von den auf den Werften beschäftigten Holzgewerkschaften einberufenen Versammlung angenommen.

In Bremen haben die Mitglieder des Holzgewerkschaftsverbandes (soweit sie auf der Werften in Bremen beschäftigt sind), in einer Sonderversammlung beschlossen, nicht am Streik teilzunehmen, bis der Konflikt im Sinne der Hamburger Konferenzbeschlüsse geregelt ist.

Die Arbeitslosen in Berliner Holzgewerbe

hätten Dienstag nachmittag eine Versammlung ab. Trotzdem die Berliner Erwerbsverwaltung im Vormarsch befangene gehen hatte, daß diese Versammlung ohne Wissen der Erwerbsverwaltung von dritter Seite einberufen sei, die arbeitslosen Mitglieder deshalb die Versammlung nicht besuchen sollten. Der große Saal der Brauerei Friedrichshagen überfüllt. Der Redner hob hervor, daß die Not und das Elend der arbeitslosen Berliner Holzgewerkschaften sehr groß sei, und daß also Hilfe geboten werden müsse, auch wenn sich die Angehörigen der Erwerbsverwaltung dagegen streben. Das Verhalten der Berliner Organisationsleitung sei nicht zu billigen, vor allem müsse es verhindert werden, daß diejenigen Arbeitslosen, die eine Abstellung der bestehenden Arbeitslosen im Arbeitsnachweis fordern, mit dem Ausschluss aus dem Verbandsbezirk bestraft werden. Die Arbeitslosigkeit sei gegenwärtig so groß wie nie, über 4000 Arbeitslose seien an dem paritätischen Arbeitsnachweis eingeschrieben, viele von ihnen sind ausgesaugt und bekommen keine Unterbringung mehr. Durch die friedliche Erregung der diesjährigen Tarifbewegung seien die Holzgewerkschaften in der Lage, unter großer Belastung der Mitglieder angesammelten Kampfgelder frei geworden und durch den Fortfall der Maiausparung in diesem Jahre habe der Verband große Summen erpart. Da die Förderung berechtigt, daß aus diesen reichen Verbandsmitteln die ausgesaugten Arbeitslosen weiter unterstützt werden. Die arbeitslosen Arbeiter seien über 18 Wochen und arbeitslos. Diese müßten auf dem paritätischen Arbeitsnachweis warten bis ihre Nummer nach vielen Wochen an die Reihe kommt, während viele Unternehmer unter der Hand sich Arbeitskräfte besorgen. Die meisten Redner richteten heftige Angriffe gegen die Erwerbsverwaltung des Holzgewerkschaftsverbandes, sie beklagten die Untätigkeit bei der Abstellung der Not der Arbeitslosen und die Weigerung, Arbeitslosenversammlungen einzuberufen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes hatte vorher erklärt, daß sie in Gemeinschaft mit der Berliner Gewerkschaftskommission sich in letzter Zeit wiederholt mit der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder beschäftigt habe. Die Verhandlungen seien jedoch noch nicht so weit gediehen, daß ihr Ergebnis in Arbeitslosenversammlungen besprochen werden könne. Nach vierstündiger Debatte nahm die Versammlung eine Resolution an, in der das Verhalten der Erwerbsverwaltung vor allem die Einberufung einer Einberufung von Arbeitslosen unter gemeinlich wird. In der Resolution wird weiter gefordert, daß Staat und Kommune ihren Pflichten den Arbeitslosen gegenüber nachkommen und daß der Holzgewerkschaftsverband den ausgesaugten Arbeitslosen sofort weitere Unterbringung gewähren lasse. In der Resolution wird schließlich noch gesagt, daß der paritätische Arbeitsnachweis nicht weiter seinen Bedarf den Bedürfnissen der Berliner Holzgewerkschaften Rechnung trägt.

Formen- und Obleierarbeiten.

In der Eisenindustrie von Sartung, Berlin-Lichtenberg, haben sämtliche Formen- und Obleierarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es kommen circa 200 Mann in Betracht. Die Ursache der Arbeitsunterbrechung ist folgende: Die Firma glaubt, um „erweitert“ zu sein, die Arbeitszeit verlängern zu müssen und die Löhne herabzusetzen.

Die Arbeiter haben sich durch die Drohung der Firma, daß, wenn die Arbeiter mit den Verschlechterungen nicht einverstanden sind, der Betrieb „geschlossen“ werden müsse, nicht einschüchtern lassen; sie haben mit großer Entschiedenheit erklärt, daß sie sich auf keinen Fall die von der Firma angebotenen Verschlechterungen gefallen lassen würden.

Als die Firma sah, daß eine Einschüchterung der Arbeiter nicht möglich war, gab sie kurzerhand am 12. Juli am schwarzen Brett des Betriebes bekannt, daß vom 14. d. M. an die neuen Bestimmungen in Kraft treten. Die Arbeiter haben daraufhin beschlossen, die Arbeit nicht niederzuliegen.

Die Firma macht alle möglichen Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen, bisher jedoch ohne jeden Erfolg. Der Betrieb muß, alle Bemühungen der Firma zum Trotz, streng geschlossen werden.

Jugendbewegung.

Seitliche Blüten der Jugendbewegung.

Unter dieser Epithete veröffentlicht der Bochumer Dezerent der nationalen Jugendpflege, Stadtrat Folger im national-liberalen Amtsblatt vom Dienstag folgenden Notiz:

„Erfreulich sind die Bestrebungen, die schulenklassen Jugend in Vereinen zu sammeln, um durch Turnen und Spielen den Körper zu stärken und jugendlichen Hoffnungen zu wecken oder durch Belebung der Jugend gesunde geistige Stoff zu bieten. Aber neben guten Früchten dieser jungen Bewegung ist auch viel Unkraut gewachsen. Zahlreiche Vereine und sogenannte Jugendclubs sind entstanden, deren Turn und Treiben in hohem Maße bedeutsam ist. Auch in Bochum bestehen Dutzende von solchen „Jugendvereinen“, deren Treiben zur Verrohung und sittlichen Verwahrlosung derer beiträgt, die in diesen Vereinen sind oder werden. Die Behörden müssen bei der Bekämpfung dieser Clubs und bei der Förderung der gefunden Jugendpflege auf die Mitwirkung der Eltern und Vormünder rechnen, die sich stets zu beweißen haben, was ihren Kindern und Schützlingen in dem Jugendvereine geboten wird!“

Der Stadtrat, der ganz unheimlich in patriotischer Kultur macht und im Herbst der „Sammlung aller nationalen Elemente unter einer Fahne“ eine „Reine“ und „Bessere“, was sich ihm darbot, hat endlich eingesehen, daß viele Früchte der Treibenplanke „Nationale Jugendpflege“ schnell der Reife ausgereift sind. Der Herr Stadtrat scheint nicht zu ahnen, daß die von ihm konstituierte Verrohung aus Vonts der wahnwitziger Kiegsblätter ei zu buchen ist.

Genossenschaftliche.

Die Konsumvereinsbewegung am 1. Januar 1912 und 1913.

Uniere amtliche Genossenschaftsstatistik steht auf sehr schwachen Füßen. Einmal ist nämlich für hinter den Ereignissen her andererseits sind die amtlichen Statistiken für den Bereich der offiziellen Statistik der preussischen Zentralgenossenschaftsstatistik nur über die eintragenden Genossenschaften, und auch von diesen gibt sie nur Anzahl und Mitgliederbestand, während über Geschäftsergebnisse und sonstige Entwicklung Stillstehen geblieben sind. Wir sind deshalb für unter ähnliches Bedürfnis auf die Veröffentlichungen der großen Zentralverbände angewiesen, die wir an der Hand der amtlichen Statistik durch Schätzungen für die feineren Verbände angegliederten Vereine ergänzen müssen. Das geschieht in einem im Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veröffentlichten Briefe.

Am 1. Januar 1912 waren dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 1142 Vereine angegeschlossen, von denen 1134 Vereine erhaltende 131322 Mitglieder zählten. Der Allgemeine Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsvereine (Dr. Günter) umfaßte 298 Vereine, von denen 273 erhaltende 276 645 Mitglieder hatten. Die übrigen Verbände zählten alle 1 590 007 Mitglieder. Das war zwei Jahre vorher, am 1. Januar 1910, dem letzten Datum der amtlichen Statistik, sämtliche deutsche Konsumvereine um rund 300 000 Mitglieder mehr zählten, als die der beiden Verbände, so kann man für den 1. Januar 1912 einen Mitgliederbestand von 1 900 000 annehmen. Rechnet man dann die übrigen Geschäftsergebnisse der Verbändergenossenschaften auf diese Mitgliederzahl um, so ergibt sich folgendes Bild für den 1. Januar 1912:

	Verbraucher	Erwerbs- und Wirtschaftsvereine	Summe	Wirt. Wert 1000	Wirt. Wert 1900 000
Verbrauchervereine	1134	273	1407	11 000	11 000
Wirtschaftl.	131322	276 645	1 590 007	1 000	1 900 000
Umsatz (eig. Geschäft)	355 508 974	74 433 667	429 942 641	270 390	519 741 000
Eigenproduktion	82 291 900	3 565 800	85 857 700	41 874	75 468 800
Grundbesitz	65 292 289	1 318 800	72 081 101	45 338	86 122 700
Gewinnzuschüsse	20 678 984	4 998 941	25 677 925	18 878	26 966 800
Umsatzgewinn	31 972 150	8 137 405	40 109 555	25 228	47 927 500

Aus diesen Ziffern tritt vor allem das gewaltige Uebergewicht des Zentralverbandes gegenüber dem Allgemeinen Verband hervor. Ersterer hatte nämlich 1074 Mitglieder und Umsatz, während letzterer nur 273 Mitglieder und 74 Millionen Umsatz aufwies. Insofern umfaßt also die deutsche Konsumvereinsbewegung am 1. Januar 1912: 1,9 Millionen Mitglieder, die im eigenen Geschäft für eine halbe Milliarde Mark Einkünfte machten, wobei für 80 Millionen Mark in eigenen Betrieben hergestellt war und wovon eine Ertrügnis von 48 Mill. Mark erzielt wurde. Eine gewaltige wirtschaftliche Macht!

Wir sind nun in der Lage, schätzungsweise auch den Stand der deutschen Konsumvereinsbewegung für den 1. Januar dieses Jahres festzustellen. Im verflochtenen Jahre hat der Zentralverband 170 000 neue Mitglieder gewonnen. Nehmen wir an, daß sämtliche übrigen Konsumvereine um 30 000 Mitglieder zugenommen haben, so gibt das für den 1. Januar 1913 einen Bestand von 2 100 000 Mitgliedern. Nach der gleichen Methode ist dann der Gesamtumsatz im eigenen Geschäft auf 588 Millionen Mark, die Eigenproduktion auf 88 Millionen Mark, der Wert des Grundbesitzes auf 95 Millionen Mark, die Gewinnzuschüsse der Mitglieder auf 40 Millionen Mark und die Ertrügnis einschließlich Rabattzuschüssen auf 43 Millionen Mark zu veranschlagen.

Soziales.

Erwerbsunfähigkeit in Versicherungsanstalten.

So mancher alleinlebende Anwalt oder Veteran der Arbeit weiß nicht, wo er sein Haupt hinlegen soll. Entweder muß er sich als „Wanderer“ auf der Landstraße herumtreiben oder er muß, wenn er noch Geld hat, sich ein Haus kaufen und sich für diese eine Last bilden. Der Anwalt oder Veteran, die er günstigeren Erfolg, kann bei weitem nicht, auch nur die bescheidensten Ansprüche des Lebens zu befriedigen. Die Invalidenversicherung (i. B. § 1277 der Reichsversicherungsordnung) ermächtigt die Versicherungsanstalten, einen Rentennachtrag „auf seinen Antrag“ in ein Invalidenhaus oder in eine ähnliche Anstalt unterzubringen und dazu die Rente ganz oder teilweise zu ver-

wenden. Die Bestimmung hat lange Zeit im Reich geblieben, ohne daß sie nennenswerte Änderung fand. Erst in den letzten Jahren ist sie umfangreicher gemacht worden. Nach einer Zusammenfassung des Reichsversicherungsamtes wurde die Bestimmung im Jahre 1912 von 25 Versicherungsanstalten und 3 Sonderanstalten angewandt. Demnach ist sie von 13 Versicherungsanstalten überhaupt noch nicht beauftragt worden. Die Gesamtzahl der im Jahre 1912 von den 28 Anstalten direkt eingewiesenen Rentennachträger betrug 4481 (3047 Männer und 1894 Frauen) gegen 3927 im Vorjahr. Unter den Aufgenommenen befanden sich 1208 unheilbar Krankenträger, die man unterbrachte, damit sie nicht für ihre Umgebung eine Gefahr bilden.

Am Schlusse des Jahres 1912 hatten 10 Versicherungsanstalten im ganzen 15 eigene Invalidenhäuser mit 450 Betten für Männer und 69 Betten für Frauen. Es läßt sich hieraus, daß der größere Teil der Pflegeleistungen (es waren rund 3800) in fremden Anstalten untergebracht werden. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der eigenen Anstalten zur Unterbringung von Rentennachträgern um zwei geteigert, und zwar haben die Versicherungsanstalten Sachsen-Anhalt und Mittelthüringen ein Invalidenheim in Betrieb genommen. Die 15 eigenen Heime der Versicherungsanstalten kosteten 1 279 784 Mk. Die Kosten pro vorhandenem Bett schwanken zwischen 1137 und 5041 Mark. In einigen Invalidenhäusern steht es den Pflegeleistungen frei, sich an Arbeiten im Hausweien und Garten- und Feldbau zu beteiligen. In einigen Anstalten bekommen sie auch kleine Vergütungen dafür.

Ehne Vermittlung der Versicherungsanstalten von Armenheimern etwa 18 890 Rentennachträger in Invalidenhäusern und Krankenhäusern usw. untergebracht worden. Den Armenverbänden wird dann die Rente der Pflegeleistungen überwiehen. Der Gesamtkostenaufwand für die Invalidenhauspflege betrug im Jahre 1912 nach Abzug der Renten und sonstigen Zuschüssen 1 069 430 Mark. Pro Pflegeleistung und Tag ergab das den Betrag von 95 Pf. In den eigenen Heimen betrugen die Kosten 1,28 Mk. In den fremden 89 Pf. Zur Förderung des Baues von privaten Invalidenhäusern und ähnlichen Einrichtungen haben 13 Versicherungsanstalten bis Ende 1912 Darlehen im Betrage von 8 1/2 Mill. Mark hergegeben.

Von den einzelnen Versicherungsanstalten leisten besonders hervorzuheben Weiskirchen, Weinrothen, Schellen und Thüringen. Letztere weist neuerdings Rentennachträger in Invalidenhäusern ein. Weiskirchen hat in den letzten Jahren die Rente, die gewöhnlich herabgesetzt haben die Anstalten Berlin, Brandenburg, Unterfranken, Elsaß-Lothringen. Sie haben diesen Zweck der Kürzung überhaupt nicht in Anwendung gebracht.

Die Invalidenhauspflege ist jedenfalls derjenige Zweig der Invalidenversicherung, der noch der größten Ausgestaltung bedarf. So mancher Erwerbsunfähige würde gern in einer menschenwürdigen Verpflegungseinrichtung sein Leben beschließen, wenn deren nur genügend vorhanden wären.

Allerlei.

14 Vergleute getötet.

Auf dem einer französischen Gesellschaft gehörigen Schiffe *Caroline* nach Belgien sind sich ein schweres Unwetter ereignet. Die Wände des Schiffes sind plötzlich eingestürzt und haben 14 Vergleute unter den Erbmännern getötet. Man „bemutet“, daß die in den letzten Tagen herrschenden Regengüsse die Ursache des Unglücks waren. Die Rettungsarbeiten sind sofort in Angriff genommen worden, doch besteht nicht die geringste Hoffnung, die Verunglückten lebend zu bergen.

Die Arbeiten wurden von der Firma *Gebhardt & Co.* ausgeführt. Weitere Einzelheiten über die Ursache der Katastrophe sind „nicht in Erfahrung zu bringen“, da die Grubenverwaltung keine Auskunft erteilt.

Demnach scheint der Firma die Ursache des Unglücks nur zu gut bekannt zu sein. Die Brandkatastrophe in Wismar. Die Anzahl der Toten bei dem furchtbaren Brande der Kleiderfabrik in Wismar wird jetzt auf 50 bis 60 angegeben. 12 Schwerverletzte liegen im Sterben. Außerdem wird noch eine große Anzahl Personen vermisst. Der Brand ist durch die Unvorsichtigkeit eines Kleiderers entstanden.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 24. Juli 1912.

Auf zum Parteifest!

Am kommenden Sonntag, den 27. Juli, feiert die sozialdemokratische organisierte Arbeiterkraft von Halle und dem Saalkreis in sämtlichen Räumlichkeiten des Volksparks ihr Parteifest. Das Komitee hat genügend Belustigungen, wie Preisausgaben, Preisregeln, Blumenverlosung und einen Laternenzug für Kinder, vorgelesen, außerdem werden freie Turner Aufstellungen veranstalten.

Die Leitung hat davon abgesehen, das Fest durch einen Aufzug durch die Straßen der Stadt einzuleiten. War sie doch von vornherein davon überzeugt, daß er nicht genehmigt werden würde. Das alte Lied von der „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ wird sofort wieder angestimmt werden. Wir sind eben keine Studenten- oder sonstige „reichstümliche“, staatlich privilegierte Vereinigung. Das muß aber allen in Anbetracht sein, das Fest nun erst recht zu einem impopulären zu gestalten, denn je größer die Besucherzahl, um so härter wird der Einbruch nach außen sein.

Auch unglücklich Wetter darf niemand veranlassen, fernzubleiben; wir müssen eben die Feste feiern, wie sie fallen. Darum auf zum Parteifest, zum Vorbereitungsfest des organisierten Proletariats.

Herunter mit den Milchpreisen!

Die Unersättlichkeit der Agrarier ist ja genügend bekannt. Je e Unergründlichkeit wird von ihnen benutzt, um den Profit zu steigern. Zunächst wird die Versteigerung auf diesem Zinnde gründlich ausgenutzt und die bürgerlichen Nachkäufler, die sich nicht genug tun können in Schimpfereien auf die Agrarier, stehen selber bei empfindlichen Abstimmungen stets auf agrarischer Seite. Durch alles das ermöglicht, auch noch ein paar weitere in wirtschaftlichen Angelegenheiten über den Preis zu verhandeln. Mit das Jahr vorher, so ist das ein Anlaß zur Erhöhung der Preise, ist das Jahr vorher, so ist ihnen auch das ebenfalls ein willkommenes Anlaß, sich auf ungerechte Weise zu bereichern. Als im Jahre 1911 bei der Dürre ein Futtermangel eintrat, wurden sofort die Preise für landwirtschaftliche Produkte, hauptsächlich für Fleisch und Milch bedeutend erhöht. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß man Futter vom Ausland beziehen müßte, was natürlich teurer sei; man vertrappe aber, sobald eine bessere Ernte eintritt, die Preise wieder herabzusetzen. Die vorjährige Ernte war nun eine großartige, eine Rekorderte, so hat sie Weismann wohl noch einmal im Reichslande genannt. Was war aber die Folge? Die Erhöhung der Milchpreise? Ja, was aber die Folge? Das Stadtbild der Agrarier in ihrer tragen Gutmutigkeit wiederholungslos gegeben haben, halten die Unersättlichen jetzt mit aller Kraft fest, um so fortlaufend ungeheure Verdienste an sich zu reifen. Den Beweis dafür, daß die Milchproduzenten schon lange wirtschaftlich billiger liefern können, können wir heute erbringen. Ein hiesiger Geschäftsmann lieferte seit Monaten die Milch wieder zum Preise von 20 Pf. pro Liter. Die geschäftigen Agrarier kamen dahinter, und fundstüchler sind nun aus, der der Milchlieferant des Händlers sei. Als sie den Lieferanten feststellten hatten, übten sie den bekannten sanfteren Druck auf ihn aus und veranlaßten ihn dadurch, die Lieferung an den billigen Händler einzustellen. Die Einstellung der Lieferung rechtschaffen der betreffende Preis war folgende:

Je nun Ihnen mitteilen, daß heute mehrere Erzeugnisse in Halle bei der Spitze Herr Döschmann-Wienberg hier in Halle waren, die diesen nach mit mehreren Lieferanten hier aus Mitteln in Verbindung steht, Johann Mann diesen nach hier, und waren ganz besagen daß Sie dort die Milch zu 20 Pf. verkaufen, ich sollte Ihnen ohne weiteres eine Milch mehr senden. Falls ich mit nicht weitere Unannehmlichkeiten machen wollte, wegen den paar

Der Eindringling. (Nachd. verb.)

Roman von Blasco Ibanes.

Ins Deutsche übertragen von Julio Brouta.

Die Genbarmerie berief im Ru das Gros der Manifestanten und galoppierte nach der drohenden Stelle hin. Kreutz empfand eine Begeisterung, beinahe ähnlich der von Langbart. Wie der verpackte Schuppelpunkt brannete. Wilbau erwiderte... eine neue Niederlage kamen. Die Szene wurde nur leicht gelehrt worden. Die Ankunft der Verbände hatte genügt, um die Brandstifter auseinanderzutreiben und das Feuer zu löschen.

Es war schon etwas nach Mittag; die Gruppen lüschten sich; alle gingen aus Eifen los. Alles war nur das Vorzeichen der nächsten Ereignisse gemeten.

Heute nachmittag hier, sagte einer dem andern beim Weggehen. Kreutz ging in die Restauration zum Guiso. An allen Tischen war nur die Rede von dem, was nachmittags stattfinden sollte. Am drei Uhr sollte die Prozession nach Beganna sich auf dem Kreuz bilden. Die Teilnehmer sollten in einzelnen Zügen von ihren respektiven Pfarrkirchen aus dort zusammenkommen, um geschlossen vor der Sankt Niklas-Kirche Stellung zu nehmen. Der Plan war vorbereitet worden, um so viel wie möglich Aufsehen zu erregen, um die ganze Stadt zu verunsichern und dem Brand herbeizuführen.

Wiese hoffte, daß die religiöse Ausübung durch die Behörden unterlag wurde. Es hieß, der Gouverneur sei daran, mit den Organisierten zu unterhandeln, damit die Ausübung unterbleibe. Vater Knaut aber weigerte sich rundweg, indem er sich hauptsächlich auf die Freiheit berief. Die Prozession sollte in dem Armen-Hospital, Brand von der bestehenden Schlägt mit einer Selbstmord.

Einige waren frohlos bei dem Gedanken, daß die Prozession abgelehrt werden könnte. Schließlich war es ein Ereignis, das das ganze und eintrübige Leben der Stadt aufweckte. Kreutz zweifelte jedoch nicht daran, daß die Prozession stattfinden würde. Er kannte die Organisierten und ihren Vorwitz, die Schlägt zu liefern gegen die aufstrebende Gottlosigkeit und ihre gefährdete Verstand auf zu befehlen.

In einem neuen Jahre tritten sich zwei Herren. Das habe mit der Kunde der Manifestation wohl gemeint, hätte einer von ihnen. Alle Parteien waren und Partizipanten alle Waretos und Seine von Waretos, schlechtes Geheiß, das in einer Hand eingetroffen ist. Da war nicht ein einziger unter ihnen, dessen überleben und mütterliche Familienmänner (der Spanier) recht beide oder vorzugsweise, nach Belieben, den einen oder anderen Namen hat beifällig waren. Und er sprach mit Stolz von diesen reinblütigen Familienmännern, von denen jedes Mitglied der Misalarras-Partei vier

trug, zwei väterliche und zwei mütterliche, wie einen Adels-titel.

Ich bestie sie alle vier - fürte kein Widerspruch erregt - und sagte ihnen, daß ich mich nicht freuen werde, wenn heute nachmittags allen Prozessionen der Garaus gemacht wird, und alle Leuten in den Fluß geschmissen werden.

Die Antwort, die in der Stadt herrschte, kam also wieder hier zur Geltung und zeigte die Parteien gegeneinander auf, wobei wieder zeigte, daß sie sich gegenseitig die Keller an den Kopf warfen und mit den Messern aufeinander loskämpften.

Am zwei Uhr ging Kreutz wieder auf den Kreuz. Von neuem hatten sich bei der Brücke Gruppen gebildet und warfen den Plan erwidert, hören die Schritte auf den Pfadchen herüberzogen, feindliche Blide zu. Die widerprüchlichen Gerüchte liefen durch die Menge. Bald hieß es, die Prozession werde nicht stattfinden; der Gouverneur, den die Misalarras verächtlich „Konjul von Spanien“ nannten, habe sie unterlag. Dann wieder hieß von Mund zu Mund die Kunde, daß in allen Parteien die Prozessionelle Stellung genommen und auf die Sankt Niklas-Kirche vorzurücken begonnen hätten.

Auf dem großen Arealplatz wurde die Menge immer mehr an. Ein Meer von Köpfen wogte auf den Bürgersteigen und den anliegenden Straßen. Der Mittelpunkt des Areals war leer; dort blieb ein freier Raum, von dem die Leute sich nicht mehr lösten, und der zur Wohlthat ausstrichen zu sein schien.

Kreutz fühlte sich plötzlich durch einen gewaltigen Schuß der Menge mit fortgerissen. Die in Bewegung geriet, als ob der Feind im Rücken begriffen wäre. In einer nahen Gasse brach ein Sturm von Werten und Schimpfungen aus. Dagegen hörte man Schüsse knattern.

Über die wogenden Köpfe sahen die lebenden Banner der ersten Prozession dahin. Der Doktor wurde, ohne zu wissen, mobil er gelangt wurde, hin und her geschoben. Bis er auf einmal mitten im Kreuz lag, die Augen geschlossen, die Hände schmerzhaftes stand. Sie sahen gruppenweise vorüber mit entblößtem Haupte. Die Männer hielten in der Hand die Mittelteil und trugen auf der Brust das Skulptur der Jungfrau von Begonna. Die Weiber bildeten das Gefolge der Geistlichen und hielten aus harten und farnischen Augen. Als die Prozession den Platz erreichte, hörten die Schritte auf den Pfadchen herüberzogen, feindliche Blide auf die Herrscherin von Misalarras an, und als Antwort darauf erscholl aus der Arbeiternge die Marschmusik und die Internationalen.

Die Prozessionelle sammelten sich vor dem Eingang der Sankt Niklas-Kirche, um die in Bewegung drängte langsam nach. Der Mann schickte, beider Waffen wurde immer schärfer, drohend wurden Mittelteil erhoben, und die Schimpfungen vermischten sich mit dem Stridengestoh. Blid hielt die Menge etwas zurück und wandte ihre tausend Köpfe nach der Brücke hin. Dort kam eine neue Prozession her. Sie trat hier her der Stadt herein und war die glanzvollste von allen, die nach Begonna hinaufzogen wollten. In ihr waren vertreten die reichsten Familien von Misalarras, die

letzten des Misalarras und die Schiller von Desha. Die hervorragenden Paare gingen an der Spitze der katholischen Gesellschaften, von ihnen gegründet, um der wachsenden Religiosität des Volkes einen Damm entgegenzusetzen.

Sie gingen vorüber mit hochmutiger, herausfordernder Miene und herzogelichter Brust, damit das Abgehen der Jungfrauen recht schön sei, wobei die rechte Hand in der Tasche den Griff eines Revolvers freiließte. Die Damen gingen mit freierem reichem Schritt, ohne im geringsten die feindliche Haltung der Menge eingeschüchert sein zu scheinen, wie stolze Herrinnen, und schauten mit Verachtung herab auf all das lumpige Geheiß, das sich erhob von dem, was ihre mächtigen Familien ihnen zu geben beabsichtigten.

Ein weißes Gefolge entfiel, Verwirrungen und Schandmähnen kreuzten sich von allen Seiten. Kreutz sah *Marcello* dortübergehen, mit dem Revolver in der Faust, an der Spitze einer Schwadron von Desha'skernern und Bismarckern, wie einen Gabelstiel (Ansprüchgenantlicher), hoch darauf, in Wilbau selbst aufzuführen zu können, was seine Vorhaben bis in den nahen Westen innewert hatten.

Es lobte *Marcello* Er lebe die Religion und unsere Liebe Frau zu Begonna! Wieder mit den Bismarckern!

Ein Schiller der feindlichen Partei, deren diese Stufe zu bulgar wachsenden religiösen Wut auf die katholische Einheit aus, und die Waretos stimmten mit bestürzten Gebrüll mit ein, ohne übrigens zu verstehen, was das bedeutete, aber ertracht, daß es etwas war, das gegen die Gottlosen des verhassten Wilbau gerichtet war.

Der Arzt sah die Frau und die Tochter *Sanchos* dortübergehen. So dann die von Bismarckern inmitten einer Gruppe von Damen. Sie schauten liberal hin, als suchten sie jemand unter der feindlichen Menge, und bei seinem Anblick lächelten die Mutter und die alle Töchter beinahe erfreut darüber, sich nicht getrennt zu haben. In den Reihen der Religiosen wurde Kreutz er. Der Bismarckler konnte ja nicht anders sein. Der Arzt sah den religiössten und mittelblühend, den seine Frau empor zum Himmel warf, als bitte sie gottreichem Gott um Vergeltung für sein freventliches Verhalten. Daraus sah er auch hinter einer Gruppe von Geistlichen seinen ungeheuren Weiser, der mit seinem Gruppe herüberstrich und abschied, dessen Bart das Skulptur der Jungfrau herbeizuleuchte. Sein Bild war herausfordernd, hart und feindlich, wie Kreutz ihn bei ihm wahrzunehmen hatte.

Der Arzt vermochte weiter nichts zu sehen. Auf einmal schien es, als habe an dem Platz der Boden sich geöffnet; alles tanzte und schickte aufeinander wie nachmittags vor Schreden. Verschiedene Stöße flohen in Stöße; auf die Mägen der Fischenen hagelten die flachen Klängen der berittenen Genbarmeren nur so; viele aus der Menge fürsteten mit blutüberdeckten Gesichtern zu Boden; die Nachdrängenden stolperten über die Gestirne und allenfalls erlönten wie Reißhämmer Metallstöße.

(Fortsetzung folgt)

